

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Anmerkung: Die AfD hat bisher leider nicht auf unsere Fragen geantwortet.

Grundbildung im Kindesalter ist kostenlos, Erwachsene müssen aber ihre Grundbildung selber finanzieren. Was unternimmt Ihre Partei für mehr kostenlose Grundbildung?				
<p>SPD</p> <p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Jobcenter einen niedrigschwelligen Zugang zu Beratungsangeboten für Arbeitgeber*innen und gering literalisierte Personen vorhalten sowie einen Beschäftigungszugang für diesen Personenkreis durch Förderangebote der Grundbildung sicherstellen. Dieser sollte aus Steuermitteln finanziert werden.</p>	<p>CDU</p> <p>CDU und CSU wollen sich dafür einsetzen, dass allen Menschen ein Platz in einem Alphabetisierungskurs angeboten werden muss. Unser Ziel ist ein Land, in dem jeder einzelne lesen und schreiben kann. Zudem berät das bundesweite „Infotelefon zur Weiterbildung“ des unionsgeführten Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zu Lernangeboten und verweist auf spezielle Beratungsangebote für</p>	<p>GRÜNE</p> <p>Wir GRÜNE setzen uns für einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung ein, der selbstverständlich auch den Zugang zu Angeboten der Grundbildung und Alphabetisierung umfasst. Zur sozialen Absicherung ist für arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen und Qualifizierungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle anderen, die sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein sozial gestaffeltes</p>	<p>FDP</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen ein „Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr einführen. Gering Literalisierte sollen dabei unterstützt werden, das Midlife-BAföG zu nutzen. Darüber hinaus soll in einem persönlichen Freiraumkonto das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglicht werden. Damit ermöglichen wir allen die Finanzierung für das lebenslange Lernen.</p>	<p>LINKE</p> <p>Das Recht auf Bildung umfasst für DIE LINKE eine gute Grundbildung, die allen zugänglich sein muss, unabhängig vom Alter. Dafür sind bessere finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich. Zur nachholenden Alphabetisierung und Grundbildung fordert DIE LINKE ein 10-Jahres-Programm im Umfang von 3,8 Mrd. Euro von Bund, Ländern und Kommunen für den dauerhaften Ausbau der</p>

	<p>Betroffene und Vertrauenspersonen, wie z. B. das ALFA-Telefon. Hier können Interessierte prüfen lassen, ob ihr Grundbildungskurs gegebenenfalls über die Bundesagentur für Arbeit finanziert werden kann. Zudem liegt es im Ermessen der Länder, kostenlose Grundbildungsangebote für Erwachsene zu fördern. Bayern beispielsweise bietet mit „AlphaGrund qualifiziert“ eine kostenlose arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung für Erwachsene an.</p>	<p>Weiterbildungs-BAföG. Die Teilnahme an Angeboten der Grundbildung und Alphabetisierung sowie das Nachholen eines Schul- und Berufsabschlusses darf auch in späteren Lebensjahren nicht an fehlender Finanzierung scheitern.</p>		<p>Erwachsenenbildung und der Integrationskurse.</p>
--	---	--	--	--

Was will Ihre Partei tun, um die prekären Verhältnisse von Lehrenden in der Grundbildung, z.B. in Alphabetisierungskursen der VHS, zu verbessern?

<p>SPD Der Kampf gegen eingeschränkte Literalität kennt keine zeitliche Begrenzung. Wir setzen uns grundsätzlich für eine dauerhafte Förderung von</p>	<p>CDU Die Sozialpartnerschaft hat wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland eine weltweit führende Industrienation wurde. CDU und CSU vertrauen auch in</p>	<p>GRÜNE Wir GRÜNE erkennen die Schlüsselrolle der Lehrkräfte in der Grundbildung an und setzen uns für eine faire Vergütung ein. Dafür müssen entsprechende Mittel</p>	<p>FDP Volkshochschulen leisten einen sehr wichtigen Beitrag für die Bildungslandschaft. Für lebenslanges Lernen sind diese Weiterbildungseinrichtungen</p>	<p>LINKE Wir fordern branchenspezifische Mindesthonorare für alle selbständigen Berufe, die allen öffentlichen und nicht-öffentlichen Auftraggebern</p>
---	---	--	--	--

<p>Grundbildungsangeboten ein. Denn vorhandene Strukturen müssen dauerhaft gestützt und finanziert werden und weiterhin für den Transfer von bewährten und neuen Projektideen- und angeboten zur Verfügung stehen. Dies würde in einem verstärkten Maße auch die Arbeitsverhältnisse der Lehrenden verbessern.</p>	<p>Zukunft darauf. Wir wollen, dass die Beschäftigten auf eine verlässliche Mitbestimmung setzen können und möglichst viele durch Betriebs- und Personalräte vertreten werden. Hier sind jedoch zuallererst die Tarifpartner in der Pflicht. Ihre Aufgabe ist es, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen und tragfähige Lösungen für den Wandel der Arbeitswelt zu finden. CDU und CSU werden den Tarifpartnern möglichst großen Spielraum in der Gestaltung von Arbeitsregelungen lassen. Regelungen auf tariflicher, betrieblicher und vertraglicher Ebene werden den differenzierten Bedürfnissen eher gerecht. Wir werden die Tarifpartner dabei flankierend unterstützen und dort, wo es</p>	<p>bedarfsgerecht aufgestockt werden. Die Volkshochschulen und ähnliche öffentliche und gemeinnützige Bildungseinrichtungen wollen wir als wichtige Partner*innen der Grund- und Weiterbildung unterstützen. Die Qualität von Weiterbildungsangeboten steht und fällt grundsätzlich mit der Zufriedenheit und der Qualifikation des Lehrpersonals. Ein hoher Preisdruck und die Konkurrenz auf einem weitgehend intransparenten Markt haben in der Vergangenheit zu teils prekären Beschäftigungsbedingungen in der Weiterbildungsbranche geführt, unter der viele Lehrende leiden. Um die Qualität der Angebote zu</p>	<p>von hoher Bedeutung. Denn unser Arbeitsmarkt wird sich grundsätzlich verändern. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance geben, mit Veränderungen Schritt zu halten. Unser Konzept: Ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben. Wir Freie Demokraten wollen etwa ein „Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr einführen. Zudem wollen wir, dass alle Bildungsangebote für lebenslanges Lernen auf einer digitalen Plattform leicht und informativ einsehbar sind. Damit stärken wir die Bedeutung des lebenslangen Lernens.</p>	<p>verbindlich vorgeschrieben werden. Mittelfristig wollen wir aber gerade im Bereich der Alphabetisierungskurse und der Sprachkurse für erwachsene Zuwanderer*innen das Honorarlehraftsystem durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzen. Die Entgelthöhe soll sich an vergleichbaren Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst orientieren, wo weiterhin Honorarverträge vergeben werden, sollen sie sich der Höhe nach ebenfalls an den Tarifverträgen für den Öffentlichen Dienst orientieren.</p>
--	--	---	--	---

	nötig ist, auch gesetzgeberisch eingreifen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Tarifgeltung in Branchen mit geringer Tarifbindung. CDU und CSU werden dieses Instrument stärken.	sichern und faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten voranzubringen, müssen der Mindestlohtarifvertrag zu einem echten Branchentarifvertrag weiterentwickelt und bundesweit einheitliche Mindeststandards für die Lehre vereinbart werden.		
--	--	--	--	--

Was will Ihre Partei tun, um Menschen mit Problemen beim Lesen und Schreiben besser am politischen Leben teilhaben zu lassen?

SPD	CDU	GRÜNE	FDP	LINKE
Lesen, Rechnen, Schreiben als Basiskompetenzen wollen wir grundsätzlich stärken, damit die Anzahl der gering literatisierten Menschen in Deutschland weiter zurückgeht. Auf Druck der SPD wurde bereits deshalb die Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung von der Bundesregierung auf den Weg gebracht. Diese wollen wir weiter ausbauen und um	CDU und CSU haben im Zuge des Bundestagswahlkampfes eine Audioversion ihres Regierungsprogramms online gestellt. Damit können sich auch Menschen über unsere politischen Vorhaben informieren, die Probleme beim Lesen haben. In der Reihe "einfachPOLITIK" der Bundeszentrale für politische Bildung sind Broschüren in einfacher Sprache zur	Immer noch können mehr als sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren in Deutschland nicht ausreichend lesen und schreiben und sind dadurch in ihrer Teilhabe beeinträchtigt. Diese Zahlen sind 100 Jahre nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht und in einer der reichsten Industrienationen der Welt nicht hinnehmbar. Wir GRÜNE wollen Geld und	Eine Studie soll herausfinden, wieso nur jede hundertste Person mit Problemen beim Lesen und Schreiben an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnimmt. Wir möchten die Weiterbildungsmaßnahmen stärker an dem tatsächlichen Bedarf orientieren. Neben einem Midlife-BAföG fordern wir ein Grundbildungsportal, auf dem alle Menschen mit Problemen beim Lesen und	Ein wichtiger Schritt ist, leichte Sprache viel breiter als Standard zu etablieren. Es ist viel von Barrierefreiheit die Rede, Sprachbarrieren werden dabei oft vergessen. Wir wollen, dass Formulare und Bescheide von Behörden auch in leichter Sprache zur Verfügung gestellt werden. Zur Bundestagswahl haben wir unser Wahlprogramm auch in Leichter Sprache vorgelegt, aber hier ist bei

<p>neue Schwerpunkte wie die gesundheitsorientierte Grundbildung ergänzen. Zum Ausbau der politischen Teilhabe wollen wir, dass alle öffentlichen Stellen auch Angebote in leichter Sprache machen müssen und dass die politische Bildung bei allen Grundbildungsangeboten mitgedacht wird. Entsprechende Angebote sind aus Sicht der SPD zu entwickeln und zu unterstützen.</p>	<p>Bundestagswahl 2021 erschienen. Auch im vhs-Lernportal des Deutschen Volkshochschul-Verbands e. V. gibt es einen Gratis-Kurs zur Bundestagswahl. Darüber hinaus wollen CDU und CSU mit der „Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016-2026“ die Zahl der funktionalen Analphabeten reduzieren. Ausreichende Lese- und Schreibkompetenzen bleiben die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe hat mit der Digitalisierung weiter zugenommen. So werden zum Beispiel Behördengänge, die heute noch durch ein persönliches Erscheinen erledigt werden können, in Zukunft zunehmend digital stattfinden.</p>	<p>Kurskapazitäten bereitstellen – für Erwachsene, aber auch für Kinder. Denn die Ursachen liegen oft schon im Vorschulalter. Wir wollen konkrete Reduktionsziele für Analphabetismus festlegen und evaluieren. In öffentlichen Bereichen wollen wir die barrierefreie Kommunikation fördern. Mit einem Barrierefreiheitsgesetz wollen wir erreichen, dass Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen zu umfassender Barrierefreiheit verpflichtet werden. Zudem wollen wir niedrigschwellige Angebote in Bürger*innenämtern, Mehrgenerationenhäusern, Quartiersmanagement schaffen, damit gering Literalisierte bspw. bei ihrem Schriftverkehr Unterstützung erhalten können.</p>	<p>Schreiben Kurse zum Erlernen des Lesens und Schreibens machen können. Der Erfolg und Fortschritt des Kurses soll regelmäßig analysiert und der Kurs dahingehend verbessert werden. Damit wollen wir die politische Teilnahme von Menschen mit Problemen beim Lesen und Schreiben stärken. Denn der zentrale Schlüssel zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe ist die Sprache.</p>	<p>allen Parteien noch „Luft nach oben“. Ein Rechtsanspruch auf Leichte Sprache sollte an geeigneter Stelle, etwa im Behindertengleichstellungsgesetz, verankert werden. Öffentliche Investitionen und Fördergelder müssen an das Kriterium der (u.a. sprachlichen) Barrierefreiheit gebunden werden, u.a. bei Arztpraxen oder medizinischen Einrichtungen.</p>
--	---	--	---	---

Wie geht man im Bereich Grundbildung am besten mit dem Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern um? Sollte sich etwas ändern?				
<p>SPD</p> <p>Die SPD setzt sich für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen entlang der gesamten Bildungsbiografie ein. Wir wollen grundsätzlich mehr Kooperation schaffen und Finanzmittel zukünftig dahin steuern, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Die Grundbildung und ihre Förderung soll auch Teil dieser Förderung werden.</p>	<p>CDU/CSU</p> <p>Für die Bildungspolitik und damit auch für die Grundbildung sind die Länder zuständig. Daran halten CDU und CSU fest. Gleichwohl beteiligt sich das BMBF – unter Wahrung der föderalen Aufgabenverteilung – zusammen mit den Ländern und gesellschaftlichen Gruppen an der „Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016 - 2026“.</p>	<p>GRÜNE</p> <p>Wir GRÜNE wollen die Zusammenarbeit von Bund und Ländern mit einer Ermöglichungsklausel im Grundgesetz verfassungsrechtlich absichern. Das gilt für alle Bildungsbereiche, auch für Alphabetisierung und Grundbildung. Die Alpha-Dekade leidet an manchen Stellen unter der künstlichen Trennung der Zuständigkeiten. Das könnte mit einer klaren verfassungsrechtlichen Regelung aufhören. Jeder Partner würde seine Stärken einbringen, bei der Umsetzung ginge es schneller voran.</p>	<p>FDP</p> <p>Wir Freie Demokraten fordern bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur sowie hohe Bildungsstandards. Wir brauchen mehr Innovationen und eine höhere Qualität durch Vergleichbarkeit in der Bildung. Wir fordern eine Reform des Bildungsföderalismus und eine Grundgesetzänderung, damit Bund und Länder sich zusammen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens einsetzen können. Es gibt 16 verschiedene Schulsysteme, Lehrpläne und Prüfungsordnungen, aber es wird nicht für die höchstmögliche Qualität gesorgt. Wir wollen zukunftssichere Schulen, in denen die besten</p>	<p>LINKE</p> <p>Wir wollen das Kooperationsverbot aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern etablieren. Wenn der Bund Mittel für Bildungsaufgaben bereitstellt, muss er auch die richtige Verwendung kontrollieren können.</p>

			<p>Arbeitsmöglichkeiten fürs Lehren und Lernen zur Verfügung stehen.</p> <p>Gleichzeitig wollen wir die Eigenständigkeit der Schulen stärken und den Schulen mehr Freiheiten geben. Jede Schule soll Geld erhalten, über dessen Verwendung sie selbst entscheidet. Die Schulen sollen den Unterricht eigenständig gestalten und diesen individuell auf einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler anpassen können.</p> <p>Zugleich erhalten die Schülerinnen und Schüler dadurch eine größere Wahlfreiheit und die Schule kann den unterschiedlichen Leistungsniveaus der einzelnen Schülerinnen und Schüler gerecht werden.</p>	
--	--	--	---	--

Immer mehr Menschen in Deutschland leben in Armut. Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um dem entgegenzutreten?

SPD	CDU	GRÜNE	FDP	LINKE
Unsere Antwort auf den Wandel der Arbeitswelt ist	Wir stehen zum Prinzip des Förderns und Forderns. Die	Damit sich Armut nicht verfestigt wollen wir GRÜNE	Die nachhaltigste Lösung gegen Armut ist eine gut	Wir haben dazu ein Bündel von Maßnahmen

<p>ein „Recht auf Arbeit“. Die Grundsicherung werden wir grundlegend überarbeiten und zu einem Bürgergeld entwickeln. Die Regelsätze im neuen Bürgergeld müssen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Die Kriterien zur Regelsatzermittlung werden wir weiterentwickeln und Betroffene und Sozialverbände mit einbeziehen. Die Überprüfung der Vermögen und Wohnungsgröße innerhalb der ersten zwei Jahre werden wir Aussetzen und das Schonvermögen erhöhen. Sinnwidrige und unwürdige Sanktionen schaffen wir ab. Kinder und alle Jugendlichen sollen unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen haben. Unsere Konzept der</p>	<p>Anrechnung von Einkommen im SGB II wollen wir neu ausgestalten, um damit mehr Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu setzen und einen schrittweisen Ausstieg aus Hartz IV zu fördern. Ziel muss sein, möglichst viele Menschen aus Hartz IV wieder in Arbeit zu bringen. Wir werden in den Jobcentern eine persönliche Begleitung mit niedrigem Betreuungsschlüssel ermöglichen und eine Offensive im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung starten, um zum Beispiel Sprachkompetenzen und Ausbildungsfähigkeit zu verbessern. So können die Stärken und Fähigkeiten von Langzeitarbeitslosen besser erkannt und gefördert werden. Qualifizierungsmaßnahmen</p>	<p>die soziale Infrastruktur ausbauen und Familien mit einer Kindergrundsicherung stärken. Der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt soll durch eine bessere Vermittlung und Beratung verbessert und die Aus- und Weiterbildungsinfrastruktur durch die Schaffung von Berufsbildungsagenturen reformiert werden. Gesellschaftliche Teilhabe wollen wir durch eine Weiterentwicklung der Grundsicherung zu einer Garantiesicherung erreichen, indem die Regelsätze angehoben, die Sanktionen abgeschafft, die Bedarfsgemeinschaft überwunden, die Vermögensprüfung durch eine Selbstauskunft ersetzt und die Hinzuverdienstmöglichkeiten verbessert werden. Die Gesetzliche Kranken- und</p>	<p>bezahlte Arbeit. Wir Freie Demokraten wollen, dass der Aufstieg in die Mitte der Gesellschaft in der kommenden Legislaturperiode wieder stärker in das Zentrum der Sozialpolitik rückt. Dass in Deutschland nur wenigen Menschen der Aufstieg aus der Armut gelingt, ist ein Problem. Wir Freie Demokraten wollen Qualifizierung und die Integration in Arbeit stärker in den Fokus rücken – damit alle Menschen die Chance bekommen, zu arbeiten und aufzusteigen. Wir wollen mit 1.000 Euro im Jahr gerade Geringverdiener bei Weiterbildungen fördern. Damit es sich lohnt, eine Arbeit aufzunehmen oder die Arbeitszeit auszuweiten, wollen wir die Hinzuverdienstgrenzen so ändern, dass von jedem</p>	<p>vorgeschlagen. Zu den Eckpunkten zählen: ein Mindestlohn von 13 Euro – wer voll arbeitet, muss davon auch voll leben können. Kein Mensch soll von unter 1.200 Euro im Monat leben müssen – deshalb fordern wir eine sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung in dieser Höhe. Kinderarmut wollen wir bekämpfen, in dem wir das Kindergeld zunächst auf 328 Euro erhöhen und mittelfristig eine bedarfsabhängige Kindergrundsicherung schaffen, bei der Kinder aus armen Haushalten bis zu 630 Euro erhalten. Wir wollen Energie- und Stromsperrern verbieten und dafür sorgen, dass Menschen deutlich einfacher wieder aus Obdachlosigkeit herauskommen.</p>
--	--	--	--	--

<p>Kindergrundsicherung besteht aus zwei zentralen Komponenten. Zum einen aus einer Infrastruktur wie beitragsfreie Kitas, ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur und freie Fahrt im ÖPNV. Zum anderen aus einem neuen existenzsichernden, automatisch ausgezahlten Kindergeld– je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld.</p>	<p>sind dabei einer schnellen Vermittlung in eine Helfertätigkeit vorzuziehen. Darüber hinaus helfen wir mit dem Bildungs- und Teilhabepaket Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien einen guten Schulabschluss zu machen und so ihre Chancen wahrzunehmen.</p>	<p>Pflegeversicherung und die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu Bürger*innenversicherungen umbauen und die Zugänge zur Arbeitslosenversicherung erleichtern. Mit diesen Maßnahmen wollen wir Armut entgegenreten, die Ungleichheit verringern und für eine bessere soziale Aufstiegsdynamik sorgen.</p>	<p>hinzuverdienten Euro mehr behalten werden darf. Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien wollen wir mehr Bildung und Teilhabe ermöglichen. Wir fordern eine Förderung beim digitalen Lernen für Kinder aus Hartz-IV-Familien. Damit mehr Zeit und Geld für eine bessere Unterstützung arbeitsloser Menschen bleibt, fordern wir eine Entbürokratisierung des Hartz-IV-Systems: Statt bloßem Verwalten von Arbeitslosen und Berechnen von Leistungen muss die Betreuung und der Aufstieg durch Leistung im Vordergrund stehen.</p>	
<p>Im Pariser Klima-Abkommen hat Deutschland sich dazu verpflichtet, seine Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken. Welche Maßnahmen will ihre Partei ganz konkret ergreifen, um diese Klimaziele zu erreichen?</p>				
<p>SPD Mit dem novellierten Klimaschutzgesetz werden höhere nationale</p>	<p>CDU Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, brauchen wir innovative Technologien,</p>	<p>GRÜNE Deutschland hat sich im Pariser Klima-Abkommen nicht zu einem eigenen</p>	<p>FDP Wir wollen den EU-Emissionshandel so schnell wie es geht ausweiten. Die</p>	<p>LINKE 1. Wir wollen Busse und Bahnen flächendeckend ausbauen, die Takte erhöhen</p>

<p>Minderungsziele für die Jahre 2030 (65%) und 2040 (88%) sowie das Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität bis 2045 festgeschrieben. Hierfür bauen wir die erneuerbaren Energien massiv aus: Bis spätestens 2040 Strom zu 100% aus Erneuerbaren. Atom- und Kohleausstieg sind beschlossen. Für die Bereiche Verkehr und Wärme gibt es einen CO2-Preis – am Preiskorridor halten wir fest, um niemanden finanziell zu überfordern. Bis 2030 schaffen wir ein klimafreundliches Mobilitätssystem. Wir bringen die Digitalisierung der Stromnetze, die Steigerung der Energieeffizienz, den Aufbau von Speichertechnologien, eine Wasserstoffproduktion,</p>	<p>wirtschaftliche Investitionen und ein koordiniertes Handeln von Politik, Industrie und Gesellschaft. Nur wenn Technologien, Investitionen und Projekte in die Dekarbonisierung sich als wirtschaftlich erweisen, wird die Jahrhundert-Transformation gelingen. Daher setzen CDU und CSU die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 verbindlich um und leisten unseren deutschen Beitrag, um international den 1,5 Grad-Pfad zu beschreiten. Dabei setzen wir auf neue Technologien und Innovationen. Zusätzlich streben wir zum Erreichen der Pariser Klimaziele internationale Klimakooperationen an, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen. Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen</p>	<p>Minderungsziel verpflichtet, sondern ist im Rahmen des neuen europäischen Beitrags von minus 55% bis 2030 gebunden. Wir GRÜNE wollen dass Deutschland, als seinen Anteil als großes Industrieland, seine Emissionen bis 2030 um 70% mindert. Das ist dringend nötig, damit wir auf den 1,5 Grad Pfad kommen, bei dem die schlimmsten Klimafolgen wohl noch beherrschbar sein werden. Nötige Maßnahmen sind ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien, ein Vorziehen des Kohleausstiegs auf 2030, das Anheben des CO2 Preises kombiniert mit der Einführung eines Energiegeldes, mit dem die Einnahmen pro Kopf an die Menschen zurückerstattet werden, sowie das Einleiten einer grundlegenden Verkehrswende hin zu</p>	<p>Politik sagt, wieviel CO2 im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate gekauft werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer besonders viel CO2 spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO2 speichert, bekommt Geld. So gibt es Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technik und wir können die Treibhausgas-Emissionen stark reduzieren. Darüber hinaus setzen wir uns für die CO2-Speicherung ein. Dazu wollen wir umfassende Rahmenbedingungen für die CO2-Speicherung schaffen.</p>	<p>und die Preise drastisch senken, damit Menschen nicht mehr aufs Auto angewiesen sind. Der Nahverkehr soll für Nutzer*innen schrittweise kostenlos werden. Kurzstreckenflüge und große Teile des Güterverkehrs müssen auf die Schiene. 2. Erneuerbare Energien sollen bis 2035 das System der fossilen Energien vollständig ersetzen. Die Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss auch für Kleinbetreiber und Kommunen rentabel sein. Die großen Energiekonzerne müssen entmachtet und Energieversorgung am Gemeinwohl ausgerichtet werden. Energienetze sollen in öffentliche Hand. 3. Für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2035 wollen wir die Sanierungsquote mindestens</p>
--	---	--	--	---

<p>den Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie die energieeffiziente Modernisierung des Gebäudebestands voran. Neben diesen Maßnahmen ist die Beteiligung der Bürger*innen vor Ort das Herzstück unserer Klimaschutz- und Energiepolitik. Dafür stärken wir Mieterstrom und genossenschaftliche Eigenversorgung und weiten kommunale Beteiligungsmodelle.</p>	<p>Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren, um dann auf einem konkret beschriebenen Pfad im Jahr 2040 88 Prozent Minderung und im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Deutschland wird hier als Industrieland eine große Verantwortung übernehmen, damit bis 2050 weltweit CO2-Neutralität erreicht wird.</p>	<p>emissionsfreiem Verkehr und ein effektives Programm zur Gebäudesanierung, damit unsere Häuser in Zukunft Energie produzieren anstatt zu verbrauchen.</p>		<p>verdreifachen. Die Kosten dafür dürfen nicht auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Vermieter*innen, die die Kosten einer energetischen Sanierung nicht tragen können, erhalten unter den Schirm der Wohnungsgemeinnützigkeit volle öffentliche Förderung der Sanierungskosten und verpflichten sich im Gegenzug zur gemeinnützigen Bewirtschaftung ihrer Wohnungen. 4. Die Bundesregierung soll zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die Industrie entwickeln, der für eine klimaneutrale Industrieproduktion bis 2035 sorgt und mit Arbeitsplatz-</p>
--	---	---	--	--

				und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. 5. Wir brauchen einen konsequent ökologischen und sozialen Umbau der Landwirtschaft mit einer Tierhaltung die wieder flächengebunden und auf die heimische Nachfrage bezogen ist. Dazu wollen wir ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für die sozialökologische Agrarwende schafft.
--	--	--	--	---

Vermeehrt hat man in letzter Zeit von rechtsextremen Denkstrukturen in der Polizei gehört. Wie steht Ihre Partei zu einer unabhängigen Untersuchung und Beobachtung dieser Tendenzen?

SPD Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden ist von besonderer Bedeutung. Deshalb bekämpfen wir auch Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden konsequent. Der Entstehung von rassistischen	CDU CDU und CSU lehnen Pauschalverurteilungen von Polizeikräften ab. Höchste Standards bei der Qualität der Ausbildung sorgen für das verantwortungsvolle Handeln unserer Sicherheitskräfte. Anti-	GRÜNE Verfassungsfeindliche Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Polizei wollen wir GRÜNE wissenschaftlich im Bund und in jedem Bundesland untersuchen lassen. Dies ist	FDP Wir Freie Demokraten wollen einen Beirat „Innere Führung“ bei der Polizei schaffen, der Fehlverhalten untersucht. Das Fehlverhalten einzelner Beamtinnen und Beamter einschließlich der	LINKE Wir fordern schon lange die unabhängige Untersuchung solcher Tendenzen in der Polizei. Dass der scheidende Bundesinnenminister die geplante Durchführung einer solchen Untersuchung unterbunden hat, ist eine
--	--	---	---	---

<p>Denkmustern im Polizeialltag wirken wir weiter entgegen. Da, wo Strukturen und Entscheidungsabläufe rassistische Benachteiligungen begünstigen und fördern, greifen wir ein und führen zu strukturellen Änderungen. Die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie über Rassismus in der Gesellschaft ist ein wichtiger Schritt, um auch Rassismus im Polizeialltag zu untersuchen. In der Studie zum Polizeialltag sollen neben Extremismus, Antisemitismus und Rassismus in der Polizei auch Gewalt und Hass gegen Polizisten untersucht werden.</p>	<p>Rassismus und Anti-Extremismus sind feste Bestandteile dieser Ausbildung. Wir stehen an der Seite derjenigen, die unsere Sicherheit täglich verteidigen. Polizisten genießen zu Recht ein besonders großes Vertrauen. Heute gibt es bereits Ombudsleute bei den Landespolizeien, den Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Wir begrüßen die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat beauftragte Studie zum Polizeialltag. Zudem müssen wir weiter daran arbeiten, dass die Fehlerkultur in der Polizei noch besser wird. Schwerwiegende Verfehlungen müssen rasch aufgeklärt werden, auch</p>	<p>längst überfällig. Die durch das Bundesinnenministerium beauftragte Studie zum Polizeialltag reicht dafür keinesfalls aus. Angesichts der nicht enden wollenden Serie rechtsextremistischer und rassistischer Verdachtsfälle in der Polizei sind das mangelnde Problembewusstsein und die Strategie-Flaute der Bundesregierung verantwortungslos. Wir fordern einen Beschluss der Innenministerkonferenz, in allen Bundesländern solche unabhängige wissenschaftliche Studien durchzuführen und verfassungsfeindliche Verstöße bei der Polizei in Bund und Ländern statistisch zu erfassen.</p>	<p>Bedingungen, die zu dem Fehlverhalten geführt haben, müssen aufgeklärt werden. Damit wollen wir das Vertrauen in die Polizei stärken. Denn die große Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten leistet eine hervorragende Arbeit. Auch die deutsche Polizeiausbildung ist im weltweiten Vergleich besonders gut. Wissenschaftliche Erkenntnisse zu Radikalisierung, Extremismus und Rassismus müssen in der Ausbildung dennoch ebenso wie die Sensibilität für Diskriminierung eine stärkere Rolle spielen.</p>	<p>Schande. Betroffene rassistischer Polizeigewalt und anderen Formen diskriminierenden Verhaltens wollen wir mit der Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle helfen, die zugleich auch die dauerhafte Beobachtung solcher Tendenzen zur Aufgabe hat.</p>
---	--	--	--	---

	<p>Kollegen müssen wachsam sein und handeln. Disziplinarrechtliche Maßnahmen müssen ausgeschöpft und strafrechtliche Konsequenzen geprüft und ggfs. ergriffen werden.</p>			
--	---	--	--	--

Ist die Steuerlast in Deutschland angemessen verteilt? Wie sollen digitale Großunternehmen (wie z.B. Amazon) in Zukunft in Deutschland besteuert werden?

SPD	CDU	GRÜNE	FDP	LINKE
<p>Die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht nur sozialpolitisch bedenklich, sie ist auch ökonomisch unvernünftig. Die hohe und weiter wachsende Konzentration des Vermögens auf einige Hochvermögende verhindert nachhaltiges Wachstum und</p>	<p>Auf OECD-Ebene setzen sich CDU und CSU für eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft ein. Große digitale Konzerne sollen ihre Steuern auch dort bezahlen, wo sie ihre Umsätze erzielen.</p>	<p>Ziel unserer Steuerpolitik ist, dass alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir GRÜNE den Spitzensteuersatz moderat anheben. Ebenso</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen beim Einkommensteuertarif den sogenannten Mittelstandsbauch vollständig abschaffen. Heute steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Von Gehaltserhöhungen greift sich der Staat mehr als die Hälfte. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Deshalb</p>	<p>Nein, die unteren und mittleren Einkommen tragen relativ gesehen eine höhere Steuerlast als große Einkommen und Vermögen. Die Vergangenheit hat gezeigt: Die Senkung von Unternehmens- und Gewinnsteuern erhöht nicht die Investitionsbereitschaft, sondern die Ungleichverteilung von Vermögen in der Gesellschaft. Deshalb wollen wir mit unserem Steuerkonzept alle</p>

<p>verschenkt wertvolle Potenziale. Wir werden der Steuergerechtigkeit Geltung verschaffen: Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug werden wir konsequent vorgehen. Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten; das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Wer sehr viel Vermögen hat, muss zudem einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Und die globale Mindestbesteuerung, die Olaf Scholz als Finanzminister gerade durchgesetzt hat, wird dafür sorgen, dass auch Amazon & Co. endlich ihre Steuern bezahlen.</p>		<p>werden Vermögen in Deutschland nur sehr gering besteuert. Auch deshalb wollen wir sehr hohe Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Darüber hinaus wollen wir durch die großen Digitalkonzerne durch die Einführung einer Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuern.</p>	<p>brauchen wir mehr Fairness bei den Steuern. Wir Freie Demokraten wollen eine faire Besteuerung für alle Unternehmen weltweit. Große internationale und digitale Unternehmen müssen ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Wir setzen uns auf internationaler Ebene für eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen ein. So sorgen wir für mehr Fairness im Wettbewerb zwischen großen internationalen Konzernen und Mittelständlern.</p>	<p>Einkommen unter 6500 Euro brutto entlasten und die höheren Einkommen stärker belasten. Wir führen eine Einkommenssteuer ein, mit der die oberen 1% der Gesellschaft zur Kasse gebeten werden. Gerade mit Blick auf die digitalen Großunternehmen wollen wir das Prinzip durchsetzen, dass Steuern auf Umsätze und Gewinne dort entrichtet werden, wo sie ihren Ursprung haben. Das Verschieben von Steuergewinnen in Niedrigsteuerländer muss ein Ende haben.</p>
--	--	--	---	--